

„Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“ ersehen wochentags am 1. Sonntag...



Bezugs- u. Anzeigenpreis. Durch die Post bezogen, vierteljährlich 6 M. ...

Morgenblatt und Handels-Zeitung

Nr. 592 39. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Dienstag 22. November 1910

Die Unterjuchungshaft.

Betrachtungen zum Moabitler Kriminalprozeß.

Von Max Alsberg.

Im Jahre 1882 erregte die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dieb, die auf Grund des § 19 des Sozialistengesetzes wegen Verbreitung eines verbotenen illustrierten Volkskalenders erfolgte, großes Aufsehen...

Wieder einmal trat also grell zutage, daß das Verfahren, in dem nach dem geltenden Gesetz die Verhaftung eines Beschuldigten erfolgt, nicht mit demjenigen übereinstimmt, welcher sich in der Praxis auftritt...

prüft werde, wie es der einzelne Fall erfordert. Entsprechendes gilt dann schlichterhand auch für die Beschwerdeinstellungen, die die Prüfung der Haftbefehle mit möglicher Schleunigkeit neben ihren sonstigen Rechten zu erleben haben...

Der Moabitler Kriminalprozeß hat gezeigt, daß trotz aller Ministerialverfügungen die Praxis noch auf demselben Standpunkt steht, auf dem sie in den Tagen des Falles Dieb stand. Sie hat sogar, wenn man in diesem Zusammenhang das Wort gebrauchen darf, den Rest der damaligen Lage gelassen...

Der Kernpunkt des Problems, nämlich das Vorverfahren, auf Grund dessen die Unterjuchungshaft angeordnet und aufrechterhalten wird, wird aber von dem Entwurf der Strafprozeßordnung nur unvollkommen berührt.

Die Detobill vor dem Oberhaufe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Das englische Oberhaus hatte heute seinen großen Tag, da Lord Grey, der Führer der Liberalen, die zweite Lesung der Detobill beantragte. An die Debatte hierüber schloßen sich bekanntlich die großen Reden an.

Lord Lansdowne erwiderte mit längeren Ausführungen. Die Detobill, sagte er, lasse entgegengelegene Meinungen offen Spielraum; doch enthalte sie zwei oder drei Punkte, die die Basis für eine Erklärung bilden könnten.

Lord Salisbury erklärte, das Haus sei fest entschlossen, seinen Willen dem Lande zur Entscheidung vorzulegen, ohne sich dabei von einer ultraliberalen Regierung fesseln zu lassen.

Die von Lord Lansdowne angeführten Resolutionen belegen in ihren Hauptpunkten folgende: Differenzen über gesetzgeberische Maßnahmen sind durch die gemeinsame Einigung beider Häuser zu erledigen...